

## Klimaneutralität als Ziel schafft Transparenz

Gastkommentar von Oliver Geden

Wenn der nun in Bonn eröffnete Weltklimagipfel am 17. November endet, wird die Kritik die gleiche sein wie immer. Es werde viel geredet, aber kaum gehandelt. Die Summe der nationalen Klimaschutzanstrengungen sei viel zu gering, um das globale Temperaturziel einzuhalten. Diese Diagnose ist kaum zu bestreiten. Aber sie offenbart auch einen recht limitierten Blick auf den politischen Alltag. Es spricht vieles dafür, dass Experten und Öffentlichkeit hier von einer normativen Vorstellung in die Irre geführt werden, nach der Reden, Entscheiden und Handeln miteinander in Einklang stehen müssten. Was bei der Forderung nach Konsistenz aber unberücksichtigt bleibt, ist die Eigenlogik des Politikbetriebs. Inkonsistenz ist hier nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall.

Wer Konsistenz voraussetzt, versteht langfristige Klimaziele als bewusste Auswahl zwischen möglichen Endzuständen, begleitet von einer frühzeitigen Abwägung der passenden Instrumente und danach von einer Serie geeigneter Massnahmen. Selbstverständlich kann nicht immer alles wie geplant funktionieren. Aber rationale Organisationen werden in der Lage sein, daraus zu lernen. Das Problem in der internationalen Klimapolitik ist jedoch, dass bis jetzt fast nichts so läuft wie einst geplant und dass die Lernprozesse nur langsam vorankommen.

Augenfälligstes Beispiel ist das zentrale Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf weniger als 2, möglichst sogar nur 1,5 Grad Celsius. Während sich die Regierungen für dieses Ziel belobigen liessen, beschlossen sie gleichzeitig freiwillige Klimaschutzzusagen, die in der Summe auf einen Temperaturanstieg von 3,2 Grad hinauslaufen – für den unwahrscheinlichen Fall, dass diese Zusagen auch eingehalten werden. Um diesem allzu offensichtlichen Widerspruch zu begegnen, wurde in Paris ein (scheinbar rechtsverbindlicher) Prozess zur Ambitionssteigerung beschlossen. Doch als US-Präsident Trump mit dem Austritt aus dem Abkommen zu drohen begann, versuchte ihn die EU-Kommission mit dem Argument davon abzubringen, die USA könnten ihre Klimaziele doch einfach abschwächen.

In der Klimadebatte wird meist übersehen, dass Politiker und Diplomaten Entscheidungen als eigenständige Leistung begreifen, die nicht notwendigerweise mit entsprechendem Handeln verknüpft sein muss. Zumindest in westlichen Demokratien müssen sich Politik und Verwaltung im Alltag stets bemühen, externe Unterstützung zu mobilisieren. Zugleich sind sie aber mit Ansprüchen vieler Interessengruppen konfrontiert, die nicht miteinander vereinbar sind. Der praktikabelste Weg, damit umzugehen, ist die selektive Ansprache. Manche Gruppen werden durch Reden angesprochen, andere durch Entscheidungen, wiederum andere durch konkretes Handeln.

Unglücklicherweise wählen die meisten Regierungen in der Klimapolitik bis anhin den Ansatz, beim Reden und Entscheiden Ehrgeiz zu zeigen, beim Handeln aber Vorsicht walten zu lassen. Möglich ist dies nur deshalb, weil das breite Publikum wie selbstverständlich davon ausgeht, dass ambitionierte langfristziele auch entsprechendes Handeln zur Folge haben werden. Bei der Umsetzung sieht man oft schon nicht mehr so genau hin oder ist erleichtert, dass das eigene Avantgarde-Bewusstsein nicht durch drastische Klimaschutzmassnahmen getestet wird. Im Alltag der Klimapolitik sind Intentionen bis heute

weit wichtiger als konkrete Resultate. Wiederholte Beschlüsse über ein ehrgeiziges globales Temperaturziel waren bisher nicht Voraussetzung, sondern eher Substitut für entschlossenes politisches Handeln. Da sich aus dem 2-Grad-Ziel nicht ableiten lässt, wie viel Klimaschutz ein einzelnes Land zu leisten hat, fällt es den 196 beim Uno-Klimagipfel vertretenen Regierungen relativ leicht, ein ambitioniertes Globalziel zu unterstützen, aber gleichzeitig wenig für den nationalen Klimaschutz zu tun.

Konsistente Klimapolitik wird auch in Zukunft ein Ideal bleiben. Bei dem Versuch, die Inkonsistenz einzuhegen, könnte ein Perspektivenwechsel helfen, der ein bisher vernachlässigtes Ziel des Pariser Abkommens in den Mittelpunkt stellt: das Erreichen von Klimaneutralität in der zweiten Jahrhunderthälfte. Dieses Ziel zeigt Politik, Medien und Öffentlichkeit exakt an, was getan werden muss. Die Emissionen eines jeden Landes, jeder Stadt und jedes Unternehmens müssen zunächst ihren Gipfelpunkt erreichen, dann möglichst schnell absinken und schliesslich bei null landen. An diesem Ziel kann man klimapolitisches Handeln transparent messen. Wer das Ziel ignoriert, kann nicht darüber hinwegreden und mit dem Finger auf andere zeigen. Auch ein Klimaneutralitätsziel liefert keine Garantie, dass sich Politik und Wirtschaft auch daran halten. Aber es würde inkonsistentes Handeln doch sehr viel deutlicher zutage treten lassen.

*Oliver Geden ist Leiter der Forschungsgruppe EU/ Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.*